

Auf der letzten arbeitsintensiven Ortsbeiratssitzung in Kürenz bis zu den Kommunalwahlen im Mai wurden zwei Bebauungsvorlagen hart diskutiert. Vor allem bei der FWG, bei Teilen der Grünen sowie auch von mir wurde argumentiert, dass die uralte Behauptung des ehemaligen Baudezernenten Dietze (SPD), die schon das Oberverwaltungsgericht in Koblenz im Jahre 2004 als fehlerhaft und unzureichend verurteilt hatte, nämlich dass der permanent vorangetriebene Ausbau der Höhenstadtteile „keine maßgeblichen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der übergeordneten Straßen und Wege hat“ (Vorlage 053/2014, S. 24), nur weil jedes einzelne Bauvorhaben die Verkehrs- und Lärmbelastung nur unwesentlich (Dietze sprach von „kaum wahrnehmbar“ (!)) erhöhe. Und so legte die Verwaltung für die einzelne Baumaßnahme eine schalltechnische Untersuchung vor, die die „Geräuscheinwirkungen“ (ebd., S. 25) besonders für die Ein- und Ausfahrt der Tiefgarage „als zumutbar beurteilt werden können“ (ebd.).

Vor diesem Hintergrund forderte Werner Kuhn (FWG) den gesamten Ortsbeirat auf „ein gemeinsames Zeichen zu setzen und die beiden Bebauungspläne (Ecke Kohlenstraße – Keuneweg sowie Wohnsiedlung Burgunder Straße) abzusetzen. Auch Richard Haas (Grüne) sprach sich für eine solche Symbol-Solidarität aus, denn in den letzten Jahrzehnten wurden keine Entlastungsmaßnahmen von der Verwaltung in Altkürenz durchgeführt. Genau so sah das auch ein Bürger, der im Vorfeld bei einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Burgunderviertel eingewandt hatte, „dass seit 15 Jahren eine Lösung der Verkehrsproblematik versprochen wird, aber keine Lösung in Sicht sei“ (Vorlage 082/2014, S. 2). Die unsägliche Antwort der Verwaltung wurde von dem Verwaltungsmitarbeiter Herrn Leist wie folgt gegeben: „Herr Leist führte aus, dass das Gebiet Burgunderstraße ja auch bisher schon bebaut war und kein nennenswertes (sic!) Mehraufkommen entstehen wird“ (ebd., S. 3). Zudem meint er: „Wenn die Stadt keine neuen Baugebiete ausweist werden die Leute in die umliegenden Nachbargemeinden (Pluwig, Gusterath etc.) abwandern und trotzdem das Verkehrsnetz der Stadt Trier belasten“ (ebd., S.3).

Darauf hin von mir angesprochen, dass der Ortsvorsteher von Kürenz, Bernd Michels (CDU) auf der gleichen Informationsveranstaltung noch argumentiert habe, „die Verkehrsmenge liege derzeit sicher schon bei 30.000 Kfz am Tage im Aveler Tal / Avelsbacher Straße liege“ (ebd., S. 3), jetzt aber die Verwaltung samt Baudezernentin Kaes-Trochiani (CDU) in Schutz nehme und sogar behaupte, die Verwaltung habe alles bestens geregelt, rief persönliche Ausfälle bei Herrn Michels hervor, der mit den aufgebrachten Worten: „Ich lasse mir von einem Hanno Verbeek nichts sagen ...“, für einen Tumult sorgte. Gegen diese unangemessenen und unsachlichen Beschimpfungen habe ich mich explizit verwahrt! Allerdings beharre ich weiterhin darauf, zu behaupten, dass sowohl mit der CDU als auch mit der SPD in Kürenz keine Kommunalpolitik zu machen ist, weil die Damen und Herren im Ortsbeirat ein scheinheiliges Verständnis für die enormen Stadtteilprobleme heucheln, aber auf der Ebene des Stadtrates dann nicht in Lage sind, ihre Partei zu helfenden Konsequenzen zu überzeugen.

Bernd Michels (CDU) schloss nämlich aus dem Umstand, dass der Ortsbeirat solidarisch gegen die Bebauungsabsichten stimmen sollte, um ein klares Zeichen an die Verwaltung (und an den Stadtrat) zu senden, dass es mit dem Ausbau der Wohnbebauungen in den Höhenstadtteilen nicht so weiter gehen könne wie in den letzten zehn Jahren, dass WIR (alle diejenigen, die eine symbolische Ablehnung gegen die vorgelegten Bebauungspläne bevorzugten) „gegen die Bebauung der Höhenstadtteile wären, was mit ihm [Bernd Michels, CDU] nicht zu machen sei.

Mein Einwand, er [Bernd Michels, CDU] würde hier einen falschen Schluss ziehen, weil keine Mensch gefordert hatte, die Höhenstadtteile sollten nicht bebaut werden, sondern die richtige Schluss aus der in Kürenz vorgegeben Verkehrsproblematik würde lauten, dass, wenn die Höhenstadtteile ausgebaut würden, dann auch eine Entlastung für Altkürenz realisiert werden müsse. – Ein Schluss, den aber weder die Verwaltung noch der Stadtrat derzeit zu ziehen gewillt ist. Diesen Vorwurf müssen sich auch die verantwortlichen Entscheidungsträger von CDU und SPD im Stadtrat anhören. Denn die einzige Entlastungsmaßnahme, die noch übrig geblieben ist, ist die Variante 3 (Umgehung über den Grüneberg), die jedoch auf der letzten Ortsbeiratssitzung in Kürenz explizit und (bisher noch) gegen den Willen der Verwaltung in den neuen Flächennutzungsplan eingeschrieben werden muss. Ob der Stadtrat der dringend notwendigen Empfehlung des Ortsbeirates folgen wird, steht zudem noch in den Sternen. (Realistisch ist damit jedoch nicht zu rechnen, wenn man die Entscheidungen der letzten Ratssitzungen in Bezug auf Kürenzer Belange, wie den Erhalt der Grundschule, betrachtet. Der Stadtrat hat sich in allen Belangen gegen Lösungen ausgesprochen, die der Ortsbeirat (teilweise sogar einstimmig) gefordert hatte.

Für diese Realpolitik verantwortlich sind aber nicht zuletzt die beiden großen Parteien CDU und SPD mit ihrer Stimmenmehrheit, gegen die im Stadtrat nichts entschieden werden kann.

Bedauerlich ist es daher, wenn dann im Ortsbeirat Kürenz so getan wird, als sorgten sich diese beiden Parteien um nichts mehr als um die Lösung der Verkehrsproblematiken in Kürenz.

Um diesen Anschein aber (im Ortsbeirat Kürenz) aufrecht zu erhalten, wird die Verwaltung mit ihren schrägen Argumentationen (von CDU und SPD) ins Blaue gelobt. Ein Beispiel:

Herr Leist vom Bauamt argumentierte in Bezug auf das Burgunderviertel, dieses sei ja schon Wohngebiet gewesen, so dass „kein nennenswertes [Verkehrs-]Mehraufkommen entstehen wird“ (ebd., S. 3).

Dieser Schluss ist aber falsch! Er ist darum falsch, weil derzeit im Burgunderviertel so gut wie kein Mensch mehr wohnt, seit die Franzosen vor gut zehn Jahren die Siedlung verlassen haben. Nun hat sich die Verkehrsbelastung in Kürenz aber seit den letzten zehn Jahren durch den Ausbau der Höhenstadtteile erheblich (sic!) erhöht – und dass, obwohl das Burgunderviertel noch nicht wiederbewohnt ist. Vor daher ist es freilich nicht unrichtig, wenn die Verwaltung wie in dem Bebauungsplan BK 14-1 „Ecke Kohlenstraße-Keuneweg“ behauptet, dass die weitere Erschließung „keine maßgeblichen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der übergeordneten Straße und Wege (sic!) hat“ (Vorlage 053/2014, s. 24). – Nur geht es hier in keinster Weise um die Leistungsfähigkeitsgrenzen der „Straßen und Wege“, sondern schlicht um die „gesundheitsgefährdenden“ Verkehrsströme, die schon jetzt und seit Jahrzehnten die Anwohner in Altkürenz belästigen, ohne dass die Stadtrat nennenswerte Entlastungsmaßnahmen umgesetzt hätte.

Hier meldet sich nun der Ortsvorsteher Bernd Michels (CDU) erneut zu Wort und behauptet, dass alles wäre gelogen, denn der Stadtrat habe auf Vorschlag der Verwaltung ein Mobilitätskonzept 2025 verabschiedet, dass eine „Umgehungstraße für Kürenz“ sehr wohl beinhalte – leider aber auf der letzten Prioritätsstufe 4 – so dass davon auszugehen ist, dass „wir alle die Umsetzung nicht mehr erleben“ würden, wie Bernd Michels (CDU) auch unumwunden zugibt! – Auf diese Art und Weise kann man aber natürlich auch glücklich Reden und Erfolge bei der CDU und SPD (mitsamt den Grünen im Stadtrat!) feiern, denn man hat ja ein „Papier“, nämlich die Verwaltungsvorlage zum Mobilitätskonzept 2025 verabschiedet! - Meinen Glückwunsch dazu! Leider verwechseln hier viele Stadtratsmitglieder „Geduld“ mit „Realisierung“.

Die Verwaltung zieht hier aber schon wieder einen falschen Schluss. So glaubt Herr Leist vom Bauamt in Trier, dass es keinen Unterschied mache, ob „Leute“ auf den Höhenstadtteilen bauten oder „in die umliegenden Nachbargemeinden (Pluwig, Gusterath etc.) abwandern und trotzdem die Verkehrsnetze der Stadt Trier belasten“ (Vorlage, 082/2014). – So könnte man meinen! Das ist aber falsch und dient der Verwaltung der Verschleierung des wahren Umstandes, dass wenn nämlich hier (auf den Höhenstadtteilen) und in den „umliegenden Gemeinden“ von Trier gebaut werden wird, die Verkehrsbelastung in der Tat wiederum zunehmen wird. Verschleiert wird dieser Umstand dadurch, dass die Verwaltung durch Herrn Leist suggeriert, die Leute würden einfach „abwandern“ und somit nicht in Trier bauen, wodurch unterm Strich kein Haus mehr gebaut würde und darum auch kein Auto zusätzlich fahren würde. Mit anderen Worten: Die Planung habe „keine maßgeblichen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der übergeordneten Straßen und Wege“ (Vorlage 053/2014, S. 24). – Na also: Da geht doch noch einiges mehr! Ach, wie gut, „ dass sich die tatsächlichen Verkehrszahlen sich gegenüber den Schätzungen vor einigen Jahren nicht erhöht haben“ (Vorlage, 082/2014, S. 3). Herr Leist verschweigt an dieser Stelle aber, das die „Schätzungen vor einigen Jahren“ weit überzogen waren und man daran gemessen nicht sonderlich groß tun sollte, wenn sich die „Verkehrszahlen gegenüber den Schätzungen nicht erhöht (sic!) haben“ (ebd.)! - Ja, hält uns denn die Verwaltung für total blöde? Wahrscheinlich nicht, aber ich halte nichts von einer Verwaltung, die sich geschickt um den eigenen Verstand redet, indem sie permanent nur schale Halbwahrheiten in ihren Argumentationen so zum Ausdruck bringt, dass die Mehrheit der großen Parteien, allen voran die CDU und SPD, aber auch die Grünen, mit starrem Blick Vorlagen im Stadtrat verabschieden, die den Problemen in Altkürenz und anderswo (bis heute!) in keinsten Weise gerecht werden.

Das ist es, was ich seit fünf Jahren im Ortsbeirat und drei Jahre auch im Stadtrat unermüdlich angeprangert habe, (- was man mir nun wiederholt persönlich Übel zu nehmen scheint).

Gott helfe diesen Toren!

Für mich ziehe ich den folgenden Schluss:

Die Kommunalpolitik zieht keine gescheiterten, sondern schlichtweg falsche Schlüsse aus den tatsächlich vorkommenden Umständen und Situationen in Kürenz. Es ist auf weite Sicht [ - „die wir alle nicht mehr erleben“, B. Michels (CDU)] keine Verbesserung der Situation für die Bürger/innen vor Ort in Sicht. Deshalb ist es völlig egal, ob ich im Ortsbeirat oder im Stadtrat sitze oder nicht, denn wie auch die zahlreichen Beiträge auf dieser politischen Homepage zeigen, blockieren sich die größeren Parteien von CDU, SPD und Grünen ( ab und an auch zusammen mit der FWG) gegenseitig selbst. Die Linke ist zudem leider so einfallslos, dass hier auch keine Alternative oder eine Besserung in Sicht wäre.

Deshalb schließe ich mich bei dieser Kommunalwahl (wie auch schon zuvor bei der Bundestagswahl) den „Wahlschläppen“ an, die nichts anderes als Wahlschläppen machen.

„Genug ist nie genug“ heißt ein bekannter linker Slogan, der unendliches politisches Engagement einzufordern scheint. – Ja, aber es reicht mir. Eythys (griech.): jetzt, sofort!

(In diesem „eythys“ steckt ein ganzes Lebensprinzip verborgen bzw. es wird hier ganz im Gegenteil für jeden, der sehen will, nicht nur politisch offenbar.)

Und tschüss in Trier!